

Pressemitteilung

09. April 2026

Dringender Handlungsbedarf: Gesetzgebungsverfahren zur THG-Quote unverzüglich abschließen

Der MEW hat gemeinsam mit VDB, MVaK, UFOP, UNITI, BBE und BDBe einen dringenden Appell an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages gerichtet, das Gesetzgebungsverfahren zur Weiterentwicklung der THG-Quote (Umsetzung der RED III im Verkehr) umgehend abzuschließen.

Kernpunkt ist die wachsende Unsicherheit durch die Verzögerung. Unternehmen leiden unter Rechtsunsicherheit und Marktverwerfungen, außerdem werden Investitionen zurückgestellt und darüber hinaus geraten Arbeitsplätze unter Druck.

Besonders wichtig ist aus Sicht der Verbände die rückwirkende Abschaffung der Doppelanrechnung für fortschrittliche Biokraftstoffe zum 1. Januar 2026. Ohne diese drohen erhebliche Wettbewerbsverzerrungen und finanzielle Verluste – insbesondere für mittelständische Unternehmen.

Zusätzlich belastet die aktuelle Lage die Biokraftstoffbranche stark:

Die aktuelle Lage belastet die Biokraftstoffbranche zusätzlich erheblich: Eine ausgeprägte Kaufzurückhaltung im Markt führt dazu, dass ein Großteil der Produktion nur noch über den Spotmarkt und damit zu deutlich schlechteren Preisen abgesetzt werden kann. Gleichzeitig steigen die Kosten weiter an, etwa durch deutlich erhöhte Methanolpreise.

Eine weitere Verzögerung wäre für die betroffenen Branchen wirtschaftlich hochschädlich. Die Verbände fordern daher ein schnelles, verbindliches Handeln der Politik.

Sie finden den vollständigen Appell unten zum Download.



Allianz für Mobilität
und Energie e. V.

Aussenhandelsverband für Mineralöl und Energie e.V.



Benjamin Ost
Manager Energiepolitik und Kommunikation
ost@mew-verband.de

afm+e Allianz für Mobilität und Energie e.V.
Georgenstraße 23
10117 Berlin
Tel +49 (0)30 / 80 95 045 30
Fax +49 (0)30 / 22 605 978
info@afm-verband.de
www.afm-verband.de

Über den Aussenhandelsverband für Mineralöl und Energie e.V.:

Der AFM+E-Aussenhandelsverband für Mineralöl und Energie vertritt die Interessen unabhängiger, mittelständisch strukturierter Energieunternehmen gegenüber der Politik in der Bundeshauptstadt Berlin und in den Bundesländern. Die hinter dem Verband stehenden Unternehmen sind eine tragende Säule der Energieversorgung in Deutschland.